

DER VOLKSAUFSTAND IN BURKINA FASO - IM OKTOBER 2014

VON DR. NDONGO SAMBA SYLLA

«Wenn es dem Volk nutzt, schaden Tumulte und Unruhen nicht.» (Machiavelli)

Für die Anhänger von Thomas Sankara in Burkina Faso war der Monat Oktober bisher in zweierlei Hinsicht symbolisch aufgeladen. Während der Revolution (von 1983 bis 1987) hielt Thomas Sankara seine erste politische Grundsatzrede in eben diesem Monat. Und am 15. Oktober 1987 wurde er ermordet. Seine Ermordung wurde von dem ihm nahestehenden Blaise Compaoré geplant, der daraufhin selbst zum Präsidenten aufstieg. Künftig reiht sich in diese Liste der 30. Oktobers 2014 ein, dem Tag, an dem Blaise Compaoré nach einer 27 Jahren blutiger Herrschaft gestürzt wurde.

Ursprünglich sollte Blaise Compaoré Ende 2015 die Macht abgeben. Zu diesem Zeitpunkt wäre die nach der derzeitigen Verfassung von Burkina Faso zugelassene Höchstzahl an Amtszeiten erreicht gewesen. Compaoré ging es jedoch stets darum, sich eine weitere Amtszeit zu verschaffen. Dazu musste eine Verfassungsänderung her, die durch eine ihm gewogene breite parlamentarische Mehrheit von vorn herein sicher schien. Natürlich war sich Blaise Compaoré der Unbeliebtheit dieser Maßnahme bewusst, aber er setzte berechnete Hoffnungen auf das Gelingen dieses Vorhabens. Dies auch weil bis zu diesem Zeitpunkt von der «internationalen Gemeinschaft» kein sonderlicher politischer Druck ausgeübt wurde. Zudem war er der Meinung, dass der Druck der Bevölkerung, dem er sich bis dahin immer erfolgreich entgegengestellt hatte, sein Regime nicht destabilisieren konnte. «Weder in Frankreich noch in Amerika hat jemals ein Protestmarsch zu einer Gesetzesänderung geführt», hatte er im Juli 2013 aus Côte d'Ivoire verlauten lassen, als die Bürger Burkinas gegen die Einsetzung eines Senats protestierten.¹ Blaise Compaoré und seine Unterstützer in der «internationalen Gemeinschaft» hätten vor den «Menetekel des Oktobers» auf der Hut sein müssen.

EIN AUFSTAND MIT ANSAGE

Von allen westafrikanischen Ländern war Burkina Faso in den letzten Jahren das »dynamischste« und das im Hinblick auf politische Mobilisierung interessanteste Land. Angesichts der zahlreichen Missstände sowie dem offensichtlichen Amtsmissbrauch durch die Regierenden haben sowohl einfache Bürger als auch Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft teilweise im Einvernehmen mit politischen Oppositionsparteien den öffentlichen Raum immer wieder genutzt, um unter anderem Maßnahmen gegen Straffreiheit, Korruption, steigende Lebenshaltungskosten, Raubbau an Naturressourcen und Repressionen gegen Studenten zu fordern. Dieses Aufleben sozialen Protests in Burkina Faso ist keineswegs im Rahmen von Blaise Compaorés «Demokratie» als Teil der verordneten Meinungsfreiheit zu verstehen. Es entspringt im Gegenteil der Einsicht, dass sich Menschen unter diesem Regime, das ausschließlich die Sprache der Gewalt versteht, nur Gehör verschaffen zu können, indem sie ihren Protest auf die Straße tragen.

«Es ist tatsächlich zu erwarten, dass es knallt. Die Eskalation wird auch deswegen kommen, weil es bis jetzt immer so war, dass auf eine lange Herrschaft das Chaos folgt. Sicher ist also, dass wir nach diesem Herrn [Blaise Compaoré] eine sehr schwierige Zeit erleben werden. Das ist leider eine Tatsache. Dieser Art von Herrschaft muss ein Ende bereitet werden und dazu ist eine Reaktion notwendig, notfalls auch eine heftige Reaktion à la Malcolm X. Die Erfahrung zeigt, dass die Regierung im Grunde genommen immer erst dann reagiert hat, wenn es gewalttätige Proteste gab.»²

¹ Vgl. Chouli, Lila, «Les mouvements sociaux et la recherche d'alternatives au Burkina Faso», in Ndongo Samba Sylla (Ausg.) Les mouvements sociaux en Afrique de l'Ouest: entre les ravages du libéralisme économique et la promesse du libéralisme politique, Paris, L'Harmattan, Seiten 239 - 275. Vgl. auch Chouli, Lila, Burkina Faso 2011: chronique d'un mouvement social, Tahin Party, 2012.

² Smockey, «Notre Sankara va revenir», in Ndongo Samba Sylla (Ausg.) Redécouvrir Sankara. Martyr de la Liberté, Exchange & Dialogue, 2012, S. 321.

Diese Worte stammen vom Rapper Smockey, den ich im Juli 2012 treffen konnte. Er bringt eine in Burkina Faso weit verbreitete Meinung auf den Punkt, die ich auch bei Gewerkschaftsmitgliedern, Oppositionspolitikern und Forschern angetroffen habe. Seitdem engagieren sich Smockey und sein Landsmann Sams’K Lejah im Rahmen der Bürgerinitiative *Balai Citoyen*, die in der burkinischen sozialen Bewegung seit kurzem eine wichtige Rolle spielt, da sie vor allem unter jungen Menschen viel Gehör findet.

Seit der Ermordung des Journalisten Norbert Zongo im Jahr 1998 hat das burkinische Volk seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, sich zu erheben und zusammenzustehen, um den despotischen Methoden des Regimes von Blaise Compaoré Einhalt zu gebieten. Schon im Jahr 2011 war Blaise Compaoré nur knapp dem Sturz entkommen, als seine eigene Präsidentengarde während einer massenhaften und viele Bereiche des öffentlichen Lebens erfassende Protestwelle meuterte. Später protestierten große Teile der Bevölkerung mit Ausnahme der regierenden Partei und ihrer Verbündeten gegen die Schaffung eines Senats – eine Institution, die Blaise Compaoré mit einem dynastischen Vorhaben im Hinterkopf ins Leben rufen wollte, nämlich möglicherweise seinen Bruder François Compaoré als Nachfolger einzusetzen. Durch den öffentlichen Widerstand ist ein «oppositioneller Raum» entstanden, der jene Akteure zusammenbringt, die sich ab diesem Zeitpunkt als Gegenmacht zum herrschenden Regime verstanden.

Den Protesten der letzten Oktobertage wurde also bereits seit geraumer Zeit der Weg bereitet. Für kundige Beobachter stand fest, dass die Manipulationsversuche der Verfassung nicht hingenommen werden würden, zumindest nicht friedlich. Entweder hätte Blaise Compaoré enorme Kraft zur Niederschlagung der Proteste aufwenden oder zurücktreten müssen. Schließlich nahmen die Ereignisse eine unerwartete Wendung, da selbst die Demonstranten keinen so schnellen Sturz Compaorés erwartet hatten. Die Verkündung seines «Rücktritts» ist eine euphemistische Umschreibung für die Tatsache, dass er von «seinem» Volk buchstäblich aus dem Amt gejagt wurde.

Dass die Armee sogleich die Führung übernahm, ist einerseits Folge einer verfassungsrechtlichen Lücke, die durch den Rücktritt von Blaise Compaoré entstand. Da auch der Präsident der Nationalversammlung und der Premierminister geflohen sind, wurde die Verfassung unter diesen Umständen faktisch obsolet. Vergessen werden darf zudem nicht, dass die Mehrheit der Parlamentarier ihre Legitimität bei der Bevölkerung verlor, weil sie Blaise Compaoré bei seinem Vorhaben unterstützte. Dies zeigt der Brandanschlag auf das Parlament durch die Demonstranten und die Tatsache, dass einige Parlamentarier aus Sicherheitsgründen unter Polizeischutz gestellt wurden. So war die Möglichkeit, dass ein Anhänger des Präsidenten den Übergang gewährleistete, prinzipiell ausgeschlossen. Andererseits waren die politische Opposition und die Hauptakteure dieses Volksaufstandes nicht auf einen Sturz von Blaise Compaoré vorbereitet. Damit lassen sich die zögerlichen Versuche und nachweislichen Fehler beim Versuch, mittels glaubwürdiger Alternativen die entstandene verfassungsrechtliche Lücke zu schließen, erklären. So forderte die «Menge» einen General im Ruhestand auf, den Übergang anzuführen. Dabei handelt es sich um einen Oppositionspolitiker, der sich zum Übergangschef erklärte, nachdem die Führer von Balai Citoyen die Armee angesichts der Szenen von Plünderung und Verwüstung aufgefordert hatten, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Ohne eine von der politischen Opposition angebotene, glaubwürdige Alternative ist es nicht verwunderlich, dass eine Armee, die es gewohnt ist, gegebenenfalls in das politische Spiel einzugreifen, von dieser verfassungsrechtlichen Lücke profitierte.

EINE NEUE ÄRA DEMOKRATISCHER PROTESTE

Das Volk von Burkina zeigt sich der Herausforderung gewachsen. Deshalb sollte der Aufstand vom 30. Oktober gebührend gewürdigt und gefeiert werden. Dieser stellt einen großen Erfolg für die Bürger Burkina Fasos dar, der den ganzen Kontinent und alle sich für Gerechtigkeit einsetzenden Menschen mit Stolz erfüllt. Die politische Bedeutung dieses Volksaufstandes ist nicht zu unterschätzen, da die Bürger Burkinas, insbesondere die jungen Leute, ohne zu zögern an vorderster Front kämpften und damit ganz Afrika eine Botschaft übermittelt haben: Die Despoten, die sich mit einer Verfassungsmanipulation an der Macht halten wollen, können sich auf dem Kontinent nicht mehr in Sicherheit wähnen. Ihre Botschaft richtet sich auch an die westlichen und afrikanischen Helfershelfer, die diese Despoten unterstützen. Die Zeiten sind vorbei, in denen die politische Legitimität der Gewaltherrscher auf ihren sogenannten »diplomatischen« Fähigkeiten sowie auf der Billigung durch eine mysteriöse «internationale Gemeinschaft» beruht.

Meiner Ansicht nach leitet der Aufstand vom 30. Oktober, der dem Beispiel des 23. Juni 2011 im Senegal folgt, eine neue Ära der demokratischen Proteste auf dem afrikanischen Kontinent ein. Seit den 1980er Jahren hatten die in den meisten Ländern des Kontinents zu beobachtenden Volksaufstände das Ziel, den Einparteienregimes tatsächlich oder verfassungsrechtlich ein Ende zu bereiten. Die Forderungen bezogen

sich auf die Schaffung neuer Verfassungen, in denen Mehrparteiensystem und der Gewaltenteilung verankert und bürgerliche politische Freiheiten gewährleistet sind.

Die Einführung von Mehrparteiensystemen durch die große Mehrheit der afrikanischen Länder seit den 1990er Jahren war zwar ein wichtiger Fortschritt, sie hat jedoch keine durchgreifende Lösung gebracht, da es in vielen Fällen die gleichen «alten Eliten» sind, die sich des neuen Systems bedienen, um in ihren Ämtern zu bleiben. Mit dem Ende der «Einheitspartei» wurde dem «alleinherrschenden Präsidenten» im Amt noch lange kein Ende gesetzt. Viele formal demokratischen Regimes, in denen regelmäßig Wahlen, begleitet durch eine mehr oder weniger freie Presse, abgehalten werden, werden von Präsidenten geführt, die seit mehreren Jahrzehnten im Amt sind. Neben Blaise Compaoré gibt es im Einflussbereich von Françafrique als idealem Nährboden für «alleinherrschende Präsidenten» unter anderem noch Länder wie die Volksrepublik Kongo mit Denis Sassou Nguesso, Kamerun mit Paul Biya, Tschad mit Idriss Déby und Äquatorialguinea mit Obiang-Nguema, wo Langzeitpräsidenten herrschen.

Der 30. Oktober in Burkina Faso und der 23. Juni im Senegal bestätigen meiner Meinung nach eine «republikanische» Tendenz zur Stärkung der repräsentativen Demokratie. In beiden Fällen bezwecken die Kämpfe das Ende des «alleinherrschenden Präsidenten» sowie jener legalen und verfassungskonformen Regeln, die den Fortbestand dieses Relikts aus dem 19. Jahrhundert zulassen. Darin unterscheiden sie sich von den Aufständen in Nordafrika, die fälschlicherweise als «arabischer Frühling» bezeichnet werden. In letzterem bestand das Wesen der Kämpfe vor allem in der Institutionalisierung und nicht in der Stärkung des Systems der repräsentativen Demokratie. Die Festigung der Demokratie vollzieht sich durch die Entwicklung der Grundfreiheiten, durch das Entstehen einer freien Presse, durch die regelmäßige Durchführung von Wahlen, durch das Hervortreten einer glaubwürdigen Opposition und Zivilgesellschaft usw. Gewiss haben die Bürger in Nordafrika bis jetzt unter der Fuchtel von «alleinherrschenden Präsidenten» gelebt. Der Unterschied zu Afrika südlich der Sahara besteht aber in der Tatsache, dass sich die «alleinherrschenden Präsidenten» in Nordafrika noch nicht im Rahmen eines wenn auch nur schlecht funktionierenden Mehrparteiensystems bewegten.

Wie der Kampf gegen die «einzige Partei» bleibt jedoch auch der Kampf gegen den «alleinherrschenden Präsidenten» spezifisch limitiert. Der «einzigen Partei» und dem «alleinherrschenden Präsidenten» ein Ende zu bereiten, reicht nicht aus, um auch den «alleinherrschenden Club» und das «einzige Paradigma der Wirtschaftspolitik» zu beseitigen. Die beiden letztgenannten Probleme zählen jedoch zu den bedenklichsten Bedrohungen für die repräsentativen Demokratien auf der ganzen Welt. Unter dem «alleinherrschendem Club» verstehe ich die Okkupation der politischen Macht durch das, was gemeinhin als die «politische Klasse» bezeichnet wird. Unter dem «einzigen Paradigma der Wirtschaftspolitik» verstehe ich die Zustimmung der Regierungen unabhängig ihrer vorgeblichen politischen Positionierung zu den Dogmen des Neoliberalismus und zu Politiken, die die Souveränität der afrikanischen Staaten in wirtschaftlicher Hinsicht unterminieren. Meiner Ansicht nach werden sich die kommenden demokratischen Kämpfe auf dem Kontinent besonders für die Länder, die das Problem des «alleinherrschenden Präsidenten» bereits gelöst haben, einerseits immer mehr um die Erweiterung der politischen Gesellschaft (um Organisationen der Zivilgesellschaft und um einfache Bürger) und um Fragen von Korruption und Transparenz und andererseits um die Überwindung der neoliberalen und neokolonialen Politik ihrer Regierungen drehen.

BURKINA FASO NACH COMPAORÉ

Um auf Burkina Faso von heute zurückzukommen; dort droht die durch den Rücktritt von Blaise Compaoré ausgelöste Euphorie rasch abzuflauen. Die Bürger könnten schnell enttäuscht werden, wenn es nicht zu tiefgreifenden Reformen kommt, die zumindest das Entstehen des Problems des «alleinherrschenden Clubs» verhindern. Die Übergangsphase liegt in den Händen eines Mannes aus dem Umfeld von Blaise Compaoré, Oberstleutnant Zida, der ehemaligen Nummer Zwei des Sicherheitsregiments des Präsidenten. Dieser wird von viele Personen und Organisationen aus der Bewegung gegen Compaoré beschuldigt, dem gestürzten Präsidenten oder sogar bestimmten Parteioberen den Rückzug ermöglicht zu haben. So wurden die möglichen Wirkungen Auswirkungen des Volksaufstandes begrenzt. Auch wenn Zida später unter dem Druck der «internationalen Gemeinschaft» und der Afrikanischen Union die Abgabe der Macht an eine Zivilregierung versprochen hat, ist es zunächst eine Tatsache, dass das Regime von Blaise Compaoré quasi immer noch an der Macht ist – und das nicht nur mit Hilfe des Militärs. In der Opposition finden sich etliche ehemalige Unterstützer von Blaise Compaoré, die das Schiff kurz vor dem Untergang verlassen haben. Ihr Image ist darüber hinaus auch nicht sonderlich vertrauenerweckend. Der Oppositionsführer Zéphirin Diabré ist beispielsweise ein überzeugter Anhänger des «Neoliberalismus».

Vor Burkina Faso stehen zahlreiche und schwierige Herausforderungen. Die Übergangsregierung sowie die kommenden Regierungen werden faktisch von vorne beginnen müssen. Die Verfassung muss zur Verhinderung eines «alleinherrschenden Präsidenten» und zwecks Eingrenzung der Macht des Staatspräsidenten geändert werden. Auch das Wahlgesetz muss geändert werden, so dass auch parteilose Kandidaten bei Kommunalwahlen antreten können. Darüber hinaus ist die Aktualisierung des Wählerverzeichnisses geboten. Bei den letzten Parlamentswahlen im Dezember 2012 waren fast vier Millionen Menschen, also die Hälfte der Wählerschaft, nicht im Wählerverzeichnis eingetragen. In Bezug auf eine juristische Aufarbeitung sind die Erwartungen der Bürger hoch. Blaise Compaoré und sein Regime haben eine beträchtliche Anzahl von politischen und wirtschaftlichen Verbrechen begangen. Im Senegal beabsichtigt die Menschenrechtsorganisation Rencontre Africaine des Droits de l'Homme (afrikanische Vereinigung für die Verteidigung der Menschenrechte – RADDHO) zudem, beim Internationalen Strafgerichtshof und beim Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen Blaise Compaoré Klage zu erheben. Sicherlich werden Versuche, die Ermordung von Thomas Sankara aufzuklären, an Dynamik gewinnen, da Blaise Compaoré seit mehr als zwei Jahrzehnten alles dafür getan hat, um Ermittlungen auf strafrechtlicher Ebene zu verhindern. Die wichtigste Aufgabe stellt die Umstrukturierung der Armee dar, bei der es unter anderem darum geht, ihre Rolle im politischen Kräftespiel zu beschränken und den Gefälligkeiten bei der Postenvergabe ein Ende zu setzen. Im Wirtschaftsbereich wird das Gesetz über das Bergbaurecht, dessen Verabschiedung immer wieder verschoben wurde, in naher Zukunft zweifellos auf der Tagesordnung stehen. Die Gewerkschaften fordern, dass ein noch zu bestimmender Prozentsatz der durch die Bergbauunternehmen erzielten Gewinne der lokalen Bevölkerung zu Gute kommen soll.

Eine nicht weniger wichtige Herausforderung ist die Hervorbringung des «unbestechlichen Menschen»³ auch in der Politik. Burkina Faso ist ein Land, das sehr unter der allgegenwärtigen Korruption gelitten hat. Zudem scheinen einige von Demonstranten in Blaise Compaorés Wohnsitz gefundenen vertraulichen Dokumenten erdrückende Beweise zu Korruptionfällen zu enthalten, die sich auf eine Reihe von Personen des öffentlichen Lebens beziehen, nämlich auf Politiker, Verwaltungsbeamte, Anwälte, bekannte Autoritäten usw. Bestätigt sich dies, könnte diese «Ouagaleaks» die politische und administrative Klasse in Burkina in Verruf bringen.

Die zeitgleiche Erneuerung des politischen Personals sowie der Institutionen stellt die notwendige Voraussetzung für die Befreiung Burkina Fasos von einer langen Qual dar: von 27 Jahren «Compaoréismus» und 48 Jahren wechselnder Militärregimes an der Macht.

Ndongo Samba Sylla – ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Rosa Luxemburg Stiftung in Dakar, Senegal

³ Burkina Faso heißt übersetzt: «Land der Unbestechlichen».